

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 9/2012, 18. Oktober 2012

**Liebe Freunde und Freundinnen,**

Europas Asylpolitik der letzten Jahre ist wahrlich kein Ruhmesblatt.

Täglich müssen Flüchtlinge aus Afrika ihr Leben aufs Spiel setzen. Sie werden in hoffnungslos überfüllte Boote gequetscht, um sich heimlich in die hermetisch abgeriegelte Festung Europa schmuggeln zu lassen. Menschen, die ihre Heimat verlassen haben. Eine Heimat, die sie nicht länger ernährt, in der es keine Arbeit oder keine Sicherheit mehr gibt. Es sind Menschen auf der Suche nach einer neuen Heimat, die wir in Europa nur ungern teilen wollen.

Die Flüchtlinge landen deshalb in den berüchtigten Auffanglagern - wie etwa auf Lampedusa. Wir versuchen sie schnell wieder loszuwerden und verschließen die Augen vor der dort herrschenden Not. Gerade wir reichen Staaten Nord- und Mitteleuropas haben uns lange genug hinter Paragraphen versteckt und die südlichen Mitgliedstaaten mit dem Problem alleine gelassen.

Wir im Europäischen Parlament wollen deshalb einen fairen Verteilungsschlüssel für die Flüchtlinge, wenn die Aufnahmekapazität eines Mitgliedstaats erschöpft ist.

Damit das menschenunwürdige Geschacher um Europas Flüchtlinge aufhört. Damit wir solidarisch handeln und uns nicht von kurzfristigen nationalen Interessen leiten lassen. Damit wir den Schwächsten in unserer Gesellschaft eine Chance geben.

Eure
Evelyne Gebhardt

NHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Bio-Patentrecht

Seite 2

- Gleichstellungspolitik
- Friedensnobelpreis
- AKW Fessenheim

Seite 3

- Sommerempfang der Landesvertretung
- Frauenquote
- Termine

Seite 4

- Finanztransaktionssteuer
- Neues aus Europa
- Impressum

Kein Patent auf Pflanzen und Tiere**70.000 Unterschriften an den Präsidenten des Europäischen Parlaments übergeben**

Vor Kurzem überreichte Evelyne Gebhardt dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, in Straßburg 70.000 Unterschriften gegen das aktuelle Europäische Bio-Patentrecht für Pflanzen und Tiere.

„Ich freue mich sehr über das große Engagement so vieler Bürger und Bürgerinnen, die sich mit ihrer Unterschrift für eine Novellierung und Konkretisierung des EU-Patentrechts stark machen“, lobte Verbraucherschutzexpertin Gebhardt aus Muldingen, die durch das bestehende Europäische Bio-Patentrecht Wettbewerbsbeschränkungen und mittelfristig die Verdrängung von kleinen und mittelständischen Zuchtbetrieben befürchtet. „Diese Aktion macht deut-

lich, dass die Menschen in Europa die Nachteile einer allzu freizügigen Patentvergabe mit großer Sorge betrachten.“

„Der Schutz von Innovationen darf nicht dazu führen, dass kleine und mittelständische Züchter zukünftig Zuchtizenzen erwerben müssen“, betonte Evelyne Gebhardt. Schließlich soll die Vielfalt an Produkten erhalten bleiben. „Verbraucher müssen auch weiterhin zwischen Tomaten mit unterschiedlichem Geschmack auswählen können.“ Hohenlohes Europa-abgeordnete Evelyne Gebhardt beschäftigt sich seit Langem mit dem Europäischen Patentrecht. Als Verhandlungsführerin der Sozialdemokraten im Europaparlament war sie

zuletzt maßgeblich an der Erarbeitung einer fraktionsübergreifenden Resolution zur Novellierung des Bio-Patentrechts beteiligt. ■

Hintergrund:

Die EU-Richtlinie 98/44/EG regelt die Patentierung von „wesentlichen biologischen Verfahren“. In den letzten Jahren werden beim Europäischen Patentamt (EPA) immer häufiger Patentanmeldungen für herkömmlich gezüchtete Pflanzen eingereicht. Die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes hat 2010 entschieden, dass Methoden, die bei herkömmlich gezüchteten Pflanzen angewandt werden, nicht patentfähig sind. Dennoch wurde auch 2011 ein Patent für herkömmlich gezüchtete Melonen erteilt.



Gegen gläserne Decken, für eine wirksame Gleichstellungspolitik

Am 11. September hat das Europäische Parlament eine Entschließung zu den Arbeitsbedingungen von Frauen im Dienstleistungssektor verabschiedet. Gut so! Schließlich sind acht von zehn Arbeitnehmerinnen innerhalb der EU im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Bei Männern liegt der Anteil dagegen unter 60%.

Die Berichterstatterin, meine spanische Kollegin Oratxe Garcia Pérez von der S&D-Fraktion, deckt in ihrem Bericht all die Schwierigkeiten auf, mit denen gerade wir Frauen als Arbeitnehmerinnen im Dienstleistungsbereich konfrontiert sind:

Verkäuferinnen, Haushaltshilfen, Reinigungspersonal, Pflegeberufe, Bürokräfte, Dienstleistungsberufe im hauswirtschaftlichen Bereich und im Gaststättengewerbe, Sekretärinnen, Finanz- und Verkaufsfachkräfte sowie Krankenpflegerinnen und Geburtshelferinnen. Beinahe die Hälfte der berufstätigen Frauen konzentriert sich auf 10 von 130 Berufen der internationalen Berufsklassifizierung - und zeichnet damit das stereotype Bild einer Gesellschaft, die noch immer zwischen Männer- und Frauenberufen unterscheidet.

Unsere Gesellschaft zwingt Frauen zu flexiblen Arbeitszeiten, da hauptsächlich Frauen noch immer Haushalt und Kinderbetreuung schultern müssen. Flexible Arbeitszeiten bedeuten im Dienstleistungsbereich aber zugleich Wochenendarbeit, unregelmäßige und unvorhersehbare sowie längere Arbeitszeiten. „Mann jagen - Frau in Höh-

le“: Die einstige Aufgabenverteilung der Urzeitmenschen spüren wir Frauen heute noch. 78% aller Teilzeitstellen in der EU sind mit Frauen besetzt. Auch ist der Anteil von befristeten Arbeitsverträgen für Frauen höher als bei Männern.

Eklatante Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern, gläserne Karrieredecken, Frauen im Dienstleistungsbereich, die immer mehr in die Schattenwirtschaft gedrängt werden, fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie (auch für Männer!), überqualifizierte Frauen in der Arbeitswelt und geschlechterbezogene Gewalt im Berufsleben: Frauen werden in der Arbeitswelt diskriminiert. Das ist ein Fakt.

Nein, Frau Schröder. Daran wird keine freiwillige Selbstverpflichtung je etwas ändern. Diskriminierung von Frauen verschwindet nicht von alleine. Und: Nein, Frau Schröder. Wir Frauen befinden uns nicht auf einem guten Weg. Und: Ja, Frau Schröder. Europa muss sich beim Thema Gleichstellungspolitik einmischen. Weil Sie in Deutschland keine Gleichstellungspolitik machen.

Die Entschließung finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2012-0246&language=DE> ■

Friedensnobelpreis geht verdientermaßen an die EU

Europäische Union steht als Garantin für mehr als 60 Jahre Frieden in Europa

Am vergangenen Freitag verkündete das Nobelpreis-Komitee in Oslo, dass der diesjährige Friedensnobelpreis der Europäischen Union verliehen wird. Begründet wird diese höchste Auszeichnung mit der Tatsache, dass die EU die friedliche Entwicklung in Europa erst ermöglicht hat.

„Der Friedensnobelpreis bedeutet auch für mich Ansporn und Aufmunterung zugleich“, freute sich die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt aus Mulfingen, als sie die Nachricht von der Verleihung erhielt. „Ich sehe darin die Anerkennung für eine beispiellose Geschichte des Zusammenwachsens von ehemals verfeindeten Völkern. Derzeit wird die Europäische Union zu Unrecht nur auf Finanz- und Wirtschaftspolitik reduziert. Sie ist nämlich viel mehr: Ein Europa der Bürger und Bürgerinnen, für das es sich einzusetzen lohnt“.

Gebhardt sieht in der Verleihung des Friedensnobelpreises auch einen Auftrag Europas, als friedliches Beispiel für andere Regionen in der Welt voranzugehen. „Außerhalb der Europäischen Union werde ich häufig von Menschen darauf angesprochen, wie fantastisch sie es finden, dass die Menschen in Europa freundschaftlich verbunden und in Frieden leben können. Diese Errungenschaft wird in unserem nationalen politischen Alltag leider allzu häufig übersehen“. Die Hohenloher Sozialdemokratin jedenfalls blickt hoffnungsvoll in die europäische Zukunft: „Was als Friedensprojekt begann, muss jetzt zu einer politischen Union weiterentwickelt werden“. ■

„Atomenergie hat keine Zukunft“

Europaabgeordnete begrüßt angekündigte Stilllegung des Atomkraftwerks Fessenheim

Mit Freude nimmt die SPD-Abgeordnete aus Mulfingen, Evelyne Gebhardt, die Ankündigung des französischen Präsidenten François Hollande zur Kenntnis, das störungsanfällige Atomkraftwerk im elsässischen Fessenheim Ende 2016 abzuschalten. „Das ist eine gute Entscheidung für die Menschen auf beiden Seiten des Rheins“, so die Sozialdemokratin. In dem Meiler war es in jüngster Zeit vermehrt zu Zwischenfällen gekommen.

Gebhardt hatte im vergangenen Jahr zusammen mit deutschen und französischen Kollegen und Kolleginnen aus dem Europäischen

Parlament Hollandes konservativen Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy in einem offenen Brief aufgefordert, das seit langer Zeit umstrittene Kraftwerk stillzuliegen. Hollande, der bereits im Präsidentschaftswahlkampf für ein Abschalten des umstrittenen Kernreaktors eingetreten war, halte mit der nun getroffenen Entscheidung Wort, freut sich seine sozialdemokratische Parteifreundin. „Nicht zuletzt ist dies auch ein Erfolg der vielen Atomkraftgegner und -gegnerinnen aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz, die gemeinsam unermüdlich für die Abschaltung gekämpft haben“, so Gebhardt weiter, die auch die grundsätzliche Kehrtwende in

der französischen Energiepolitik begrüßt: „Unter Führung der Sozialisten werden in unserem Nachbarland die Weichen für eine Abkehr von der Kernenergie gestellt und das ist gut so“.

Die Entwicklung in Frankreich sei neben dem beschlossenen Atomausstieg Deutschlands und entsprechenden Plänen in Japan ein weiteres Signal dafür, dass es mit der Kernenergie zu Ende gehe. „Für mich ist klar: Die Atomenergie hat keine Zukunft. Sie birgt nicht beherrschbare Risiken und ist deshalb schlicht und einfach unverantwortlich“, ist die Hohenloherin überzeugt. ■



Evelyne Gebhardt beim Sommerempfang „60 Jahre BW“ in der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel. Auf dem Bild (von links): Johannes Jung, Leiter der Landesvertretung, Nicola Schelling, stv. Leiterin, EU-Kommissar Günther Oettinger, zwei Teilnehmer an „Jugend forscht“, Europaminister Peter Friedrich und Evelyne Gebhardt
Bild: Felix Kindermann

Frauenquote noch lange nicht vor dem Scheitern Blockade der zehn Mitgliedstaaten gegen eine europaweite Frauenquote für Aufsichtsratsposten muss durchbrochen werden

Kaum liegt der Vorschlag der Justizkommissarin Viviane Reding vor, eine verbindliche Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen ab dem Jahre 2020 einführen zu wollen, da formiert sich schon der Widerstand von zehn Mitgliedstaaten. Die Regierungen Bulgariens, Dänemarks, Großbritanniens, Litauens, Maltas, der Niederlande, Sloweniens, Schwedens, Tschechiens und Ungarns wollen deshalb einen Brief an die Europäische Kommission versenden, um die anstehenden Verhandlungen scheitern zu lassen.

„Ein solches Schreiben ist schlicht der Versuch, die politische Diskussion über eine europäische Frauenquote für Führungspositionen zu verhindern“, ärgerte sich Hohenlohes Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt über das Vorpreschen der Regierungen, noch bevor sich die gesetzgebenden Organe der EU, Europäisches Parlament und Europäischer Ministerrat, überhaupt mit dem Entwurf beschäftigt haben. „Gerade wir im Europäischen Parlament haben da auch noch ein gewichtiges Wörtchen mitzureden“, wi-

dersprach die Mulfingerin all denen, die jetzt meinen, der Vorschlag wäre bereits vom Tisch.

Wie so häufig unter Merkelscher Regentschaft macht Deutschland auch bei der Frauenquote für Führungspositionen auf europäischem Parkett eine unglückliche Figur. „Zermürbt vom ewigen Streit in der CDU zwischen Schröder und von der Leyen musste sich die Bundesregierung wieder einmal mit einer Enthaltung begnügen“, so die Sozialdemokratin Gebhardt. „Deutschland mutiert vom einstigen Motor immer mehr zur Bremse Europas.“

In dem vorliegenden Entwurf sieht Evelyne Gebhardt nur einen allerersten Schritt in die richtige Richtung. „Damit die gläserne Decke auf der Karriereleiter von Frauen gesprengt werden kann, müssen Frauen auch unternehmerische Entscheidungen treffen können. Deshalb wäre eine Frauenquote für Vorstandsposten viel wichtiger gewesen.“ ■

TERMINE

■ 5. November 2012, 13.00 Uhr

Was? Rechtspolitische Konferenz zum EU-Kaufrecht

Wo? Berlin

■ 9. November 2012, 9.00 Uhr

Was? Vorlesetag

Wo? Grundschule Blaufelden

■ 9. November 2012, 20.00 Uhr

Was? Vortrag zur Europapolitik

Wo? Heilbronn, Harmoniegaststätte

■ 16. November 2012, 9.40 Uhr

Was? EU-Schulaktionstag

Wo? Berufsschulzentrum Schwäbisch Hall

■ 17. November 2012, 10.00 Uhr

Was? Vorbereitungsveranstaltung zum Weltgebtag der Frauen

Wo? Stuttgart, Paul-Gerhardt-Gemeindehaus

■ 24. November 2012, 11.00 Uhr

Was? Parteikonvent

Wo? Berlin

■ 28. November 2012, 15.00 Uhr

Was? Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zu den deutsch-französischen Beziehungen

Wo? Berlin, Französische Botschaft

■ 30. November 2012, 14.00 Uhr

Was? Europäisches Jugendforum

Wo? Stuttgart, Landtag



Udo Bullmann: „Endlich Startschuss für Gerechtigkeitssteuer!“

Sozialdemokraten begrüßen Vorstoß von elf EU-Ländern zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer

„Die Gerechtigkeitssteuer wird endlich das Licht der Welt erblicken. In Zeiten leerer Kassen gibt eine Koalition aus elf Vernünftigen nun grünes Licht für den Kampf gegen Finanzspekulationen und für sprudelnde Steuereinnahmen. Geld, das in den rezessionsgeplagten Volkswirtschaften dringend für Zukunftsinvestitionen benötigt wird. Das ist ein großer Erfolg für die langjährige Kampagne der Sozialdemokraten im EU-Parlament und der Zivilgesellschaft“, zeigte sich Dr. Udo Bullmann, SPD-Vorsitzender im Europaparlament, erfreut über die Entscheidung von elf EU-Staaten, auf dem Wege der verstärkten Zusammenarbeit eine Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen.

„Es ist besonders erfreulich, dass auch die großen Volkswirtschaften Spanien und Italien ihr Versprechen halten und bei der Besteuerung des Finanzsektors mitziehen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sich in Kürze weitere Staaten den Vorreitern in Sachen Gerechtigkeitssteuer anschließen werden. Der Perspektive, spekulativen Finanzgeschäften den Garaus zu machen und gleichzeitig sprudelnde Steuereinnahmen zu verzeichnen, werden sich auf Dauer auch die hartnäckigsten Verweigerer nicht entziehen wollen.“

Das Europaparlament werde in seiner Stellungnahme darauf bestehen, dass keine neuen bürokratischen Hürden aufgetürmt und eine möglichst umfas-

sende Regelung gefunden werde, betonte Udo Bullmann.

„Europa geht mit diesem Schritt in Vorhand und sendet auch ein starkes Signal an den G-20-Gipfel in Mexiko: Vier Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise ist es höchste Zeit, die Finanzindustrie an den Kosten zu beteiligen“, forderte Udo Bullmann abschließend. ■

Hintergrund:

Die EU-Kommission wird nun beauftragt, einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten. Der Ministerrat muss diesen mit einer qualifizierten Mehrheit annehmen.

NEUES AUS EUROPA

TELEFONHOTLINE:

Kostenloser Service bei Fragen zur EU

Die Europe-Direct-Hotline ist ein telefonischer Informationsservice, bei dem Bürger und Bürgerinnen unter der gebührenfreien Telefonnummer 00800 67891011 ihre Fragen zur Europäischen Union stellen können. Fremdsprachenkenntnisse sind dafür nicht nötig, da das Angebot der EU-

Kommission in allen Amtssprachen der EU - also auch auf Deutsch - angeboten wird. Einfache Fragen werden in der Regel direkt beantwortet, für komplexere Anfragen werden Sachverständige aus dem jeweiligen Politikbereich zu Rate gezogen. ■

20 JAHRE BINNENMARKT:

Broschüre der S&D-Fraktion erhältlich

Der Binnenmarkt - eine zentrale Errungenschaft der Europäischen Union. Zugleich jedoch auch ein Begriff, mit dem nicht alle Menschen sofort etwas anfangen können. Umso wichtiger ist es, die Menschen darüber zu informieren.

Dass in diesen Tagen die Einführung des Binnenmarktes vor nunmehr bald 20 Jahren gefeiert wird, hat sich die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament zum Anlass genommen, mit einer Broschüre auf bereits Erreichtes (wie zum Beispiel gestärkte Verbraucherrech-

te oder die Arbeitnehmerfreizügigkeit) zu blicken und noch zu meisternde Herausforderungen (etwa Probleme bei der grenzüberschreitenden Berufsanerkennung) zu skizzieren. Die Fraktion gibt darin Antworten auf die in einer Umfrage ermittelten 10 Hauptanliegen der Bürger und Bürgerinnen.

Die Broschüre ist erhältlich auf der Webseite von Evelyne Gebhardt:

www.evelyne-gebhardt.eu/publikationen.html ■

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Frederick Wunderle

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144

egebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union